

- (1) Ein wichtiger Schwerpunkt der Drogenpolitik muss auf der Prävention liegen. Die Öffentlichkeit muss umfänglich über die Gesundheitsgefahren und die Folgen von Drogenkonsum jeglicher Art aufgeklärt und für Drogenmissbrauch und Drogenkriminalität sensibilisiert werden, denn die Behandlung von Suchtkranken verursacht immensen Kosten. Diese werden über die gesetzliche Krankversicherung der gesamten Gesellschaft auferlegt. Es sollten daher verstärkt finanzielle Mittel in die Drogenprävention investiert werden. Repression und Kriminalisierung von Drogenkonsumenten leistet keinen fruchtbaren Beitrag zur Problembekämpfung und Ursachenbekämpfung. Wer süchtig ist, braucht Hilfe.
- (2) Derzeit liegen keine Bestrebungen vor, die bestehende Gesetzeslage zu ändern.
- (3) Die AfD-Thüringen sieht derzeit keine Änderungen vor. Projekte zur kontrollierten Abgabe von Cannabis an Jugendliche und Erwachsene sind derzeit nicht in Planung.
- (4) Derzeit liegen keine Bestrebungen vor, die bestehende Gesetzeslage zu ändern.
- (5) Wir verweisen auf die Antwort zu Frage 3.
- (6) Die Umsetzung des Modellprojektes „Drug-Checking“ ist deutschlandweit umstritten. Nach derzeitiger Rechtslage machen sich sowohl die Konsumenten, werden sie von der Polizei bei der Abgabe der Drogen beobachtet, als auch der Chemiker im Labor wegen unerlaubten Drogenbesitzes strafbar. Entsprechend kann dieses Vorhaben mit Blick auf die derzeit gültige Gesetzeslage nicht mitgetragen werden.
- (7) In Deutschland gilt ein Grenzwert von 1 ng THC/mL Blutserum zur Beurteilung einer Beeinflussung der Fahrtauglichkeit durch THC. Dieser Wert wird je nach Konsumverhalten sehr häufig noch nach sechs Stunden bis hin zu mehreren Tagen (28–30) nach der letzten THC-Aufnahme überschritten. Eine Teilnahme am Straßenverkehr sollte generell erst dann erfolgen, wenn keine verkehrsrelevanten Beeinträchtigungen vorliegen.
- (8) Anlass von der bestehenden Rechtslage Abstand zu nehmen, sehen wir derzeit nicht.
- (9) Die AfD-Thüringen steht auch zu dieser Problematik in engem Austausch mit der AfD-Bundestagsfraktion. Entsprechend stimmen wir unsere Positionen ab. Selbstverständlich ist auch die Anregung einer Bundesratsinitiative ein probates parlamentarisches Instrument, von dem auch die AfD-Thüringen Gebrauch macht.
- (10) Wir verweisen auf folgende parlamentarische Initiativen der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag in der 6. Wahlperiode: Kleine Anfrage 6/2223, Kleine Anfrage 6/2101, Kleine Anfrage 6/2004, Kleine Anfrage 6/1892, Kleine Anfrage 6/1065, Kleine Anfrage 6/1320, Kleine Anfrage 6/1279.
- (11) Hierzu können wir zum jetzigen Zeitpunkt noch keine konkreten Aussagen treffen. Suchtprävention wird aber beispielsweise ein Thema sein, welchem wir uns auch in der nächsten Legislaturperiode erneut zuwenden werden.
- (12) Drogen sind laut UN-Weltdrogenbericht beliebt wie nie. Cannabis ist mittlerweile die global am häufigsten konsumierte illegale Droge, Tendenz steigend. Cannabis ist weltweit, nach Alkohol, der zweithäufigste Grund medizinischer Behandlungen aufgrund Drogengebrauchs. Dies sollte man bedenken, wenn man die Zugangsvoraussetzungen für Cannabis als Genussmittel diskutiert. Im Übrigen sprechen sich einer Forsa-Umfrage zufolge zwei Drittel der Deutschen gegen eine Legalisierung von Cannabis aus.